

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

128 (2.6.1877)



Deutschland.

Berlin, 29. Mai. Wir theilten bereits mit (schreibt die Matthias'sche „Deutsche Reichskorrespondenz“), daß die Verhandlungen mit Oesterreich über den Handelsvertrag, welche unterbrochen waren, demnächst wieder aufgenommen werden sollen.

Wie dieselbe Korrespondenz von gut unterrichteter Seite erfährt, beabsichtigt der erste Vizepräsident des deutschen Reichstags, Franz August Frhr. Schenk v. Stauffenberg, seinen Wohnsitz dauernd nach Berlin zu verlegen.

Die bereits gemeldete Verschiebung der Gotthardt-Konferenz vom 28. Mai auf den 4. Juni soll nur darin ihren Grund haben, daß die italienischen Bevollmächtigten nicht früher eintreffen können.

Geh. Legationsrath Lothar Bucher wird sich in den nächsten Tagen nach Riffingen begeben und dann bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck vorläufig verbleiben.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In vielen Kreisen Deutschlands ist, wie wir aus einem Telegramm aus dem Süden ersehen, seit dem gestrigen Abend das Gerücht von einem gelungenen Mordattentat auf den Präsidenten der französischen Republik verbreitet.

Berlin, 30. Mai. Die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz“ bringt an der Spitze ihrer heutigen Nummer folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Der Dilettantismus in der auswärtigen Politik ist vom Fürsten Bismarck in den ersten Jahren seiner Minister-Laufbahn bei den Erörterungen über die schleswig-holsteinische Frage mit folgenden Worten bezeichnet worden:

Die Auffassungen eines der Herren Redner über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum ersten Mal eine Bergreise macht.

Wir verlangen bei uns für jede amtliche Funktion, z. B. für die Justiz, ja für den Dienst des Unteroffiziers und jeden Anderen, Prüfungen, praktische Vorbildung, schwere Examina, aber die hohe Politik — die kann Jeder treiben, zu der sieht sich Jeder berufen, und es ist nichts leichter, als auf diesem jeder Konjektur offenen Felde mit einiger Sicherheit im Aufstreifen alles Mögliche mit großer Scheinbarkeit zu behaupten; um einen falschen Gedanken mit Erfolg zu widerlegen, muß man bekanntlich ein ganzes Buch schreiben, und den, der den Ausspruch gethan hat, überzeugt man doch nicht.

An diese Aeußerung wird man immer von Neuem erinnert, so oft ein bekannter Führer der Berliner Fortschrittspartei, ein sonst sehr gelehrter Mann, sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begibt.

Ganz besonders hat der gelehrte Naturforscher sich in die wirkliche Natur der Beziehungen unserer Politik zu Rußland, wie sie vom Fürsten Bismarck seit dem Beginn seiner Laufbahn aufgefaßt und gehandhabt worden sind, niemals hineinzudenken vermocht.

Schon während des Laufs der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hatte er nicht bloß die Besorgniß, sein Gewissen ausgeprochen, daß Herr v. Bismarck die Herzogthümer schließlich an Rußland bringen, den Kieler Hafen in russische Hände geben, mitten in unser Land hinein, wo es am wenigsten vertheidigt sei, einen fremden Keil hineinschieben wolle.

Benige Monate darauf waren Dank der unter den größten Schwierigkeiten Deutschland und Europa gegenüber glücklich durchgeführten Bismarck'schen Politik die Herzogthümer von Dänemark losgerissen, um dauernd mit Deutschland vereinigt zu werden.

Auch später und nach anderen Seiten hat der sonst durch Geistesstärke ausgezeichnete Gelehrte in der Beurtheilung der Bismarck'schen Politik und Bestrebungen einen besonderen Scharfsinn nicht bewährt.

Im Jahr 1869 stellte er mit seinen politischen Freunden einen Antrag auf sogenannte Abrüstung. Bei der Begründung desselben ließ er sich dahin vernehmen: wenn man die damalige Lage unbefangener prüfe, müsse man anerkennen, daß selten eine Zeit gewesen, wo so wenig Grund vorhanden war, daß die einzelnen Staaten in voller Kriegsbekämpfung einander gegenübersehen.

Kaum ein halbes Jahr nach diesen zuversichtlichen Aeußerungen erscholl in Paris und in ganz Frankreich der Kampfruf: „nach Berlin“.

Gewiß hatte Fürst Bismarck Recht, wenn er dem fortschrittlichen Gelehrten vor Kurzem den freundlichen Rath gab, über seine politischen Prophezeiungen lieber „mit einer gewissen vornehmen Bergesehnheit hinwegzugehen“, als die Erinnerung an dieselben immer wieder wach zu rufen.

Der unermüdliche Politiker hat jedoch soeben in einem Berliner Bezirksverein wieder eine Rede über „Krieg und Frieden“ gehalten, in welcher er zwar im Eingange zugestand: es liege kein Grund vor, gegen die Ergebnisse, welche die Haltung der Reichsregierung (in der orientalischen Frage) herbeigeführt habe, irgend eine begründete Klage zu erheben — soann aber „die vollständige Zurückhaltung darüber, wie die Reichsregierung über die nächste Zukunft denke“, lebhaft tabelte.

Der Redner gibt zwar zu, daß alle anderen Großstaaten von dem Kriege näher berührt werden als Deutschland, an unmittelbaren und empfindlichen Oesterreich und England, aber auch Frankreich und Italien könnten weiter „sehr unangenehm“ berührt werden.

Schließlich erklärte er es aber „als eine Pflicht unserer Regierung, dahin zu wirken, daß dem Kriege sobald als möglich ein Ende gemacht werde“.

Diese neueste Kundgebung des fortschrittlichen Naturforschers ist wohl nach allen Richtungen das Oberflächlichste, was der politische Dilettantismus je geleistet hat, und beruht (auf einer trotz aller diesfälligen Erfahrungen noch überraschenden Unkenntniß über Nichtachtung der bekanntesten Thatsachen und einleuchtendsten Gesichtspunkte.

Die deutsche Regierung hat mit ihrer orientalischen Politik nicht bloß, wie selbst jener Redner notgedrungen zugiebt, in den bisherigen Ergebnissen „keinen Grund zu einer irgendwie begründeten Klage gegeben, — sondern sie hat sich auch über die allgemeinen Gesichtspunkte ihres Verhaltens für Gegenwart und Zukunft wiederholt in einer Weise ausgesprochen, daß in der Reichsvertretung (welder freilich jener Redner nicht angehört) alle Parteien ohne Unterschied, und ohne jeden Widerspruch, und zwar ausdrücklich auch Redner der Fortschrittspartei und selbst der ultramontanen Partei, ihre Genehmigung, ihre Zustimmung und ihr Vertrauen zur Führung der auswärtigen Politik, namentlich auch in Bezug auf die friedliche Richtung und Wirkung derselben ausgesprochen haben.

Daß Fürst Bismarck sich ein Bild gemacht habe, „wie Europa sich gestalten soll, wenn die deutschen Interessen gewahrt bleiben sollen“, — das wird ihm nachgerade auch der erbitterteste Gegner gewiß zutrauen, mehr als irgend einem Staatsmann oder Politiker; daß er aber seine Absichten und Forderungen in dieser Beziehung vorweg „laut ausspreche“, daß er schon jetzt „ein Programm“ aufstelle und

ankündige, wie er im Interesse des zukünftigen Friedens einzugreifen gedenke, — das kann nur ein ungläublich „naiver Dilettant in auswärtigen Dingen“ erwarten oder verlangen: das deutsche Volk in seiner Gesamtheit schenkt dem Reichskanzler gerade darum so unbedingtes Vertrauen, weil es aus fünfzehnjähriger Erfahrung weiß, daß er seine sorglich gereisten Pläne nicht vor der Zeit in geschwätzigen Programmen verkündigt, sondern so lange wahr, bis er sie im richtig erkannten Augenblick praktisch zur Geltung bringt.

Wie aber käme gerade Deutschland, welches anerkanntermaßen am wenigsten unmittelbar von der orientalischen Frage berührt ist, dazu, sich über seine schließliche Stellung zur Lösung derselben im Voraus bestimmter auszusprechen, während keine der nächstbetheiligten Regierungen aus der vorsichtigen Zurückhaltung herausgetreten ist? Wer vermag denn aus den wochenlangen englischen Parlamentverhandlungen „das Programm Englands“ mit irgend welcher Bestimmtheit zu entnehmen, — wer kennt denn das Programm Oesterreichs, Frankreichs, Italiens? Nur wenn der große Volkredner im Stande gewesen wäre, darüber irgend eine Auskunft zu geben, hätte die Frage nach dem deutschen Programm einen Schein von Berechtigung gehabt.

Die Meinung, daß der Krieg hätte vermieden werden sollen, indem ein internationales Schiedsgericht der Türkei die notwendigen Reformen auferlegt hätte, läßt darauf schließen, daß der vielbeschäftigte Gelehrte der thatsächlichen politischen Geschichte des letzten Jahres keine volle Beachtung hat widmen können: sonst hätte er die Konferenzen in Konstantinopel, mit welchen gerade in dieser Frage der Versuch eines internationalen Schiedsgerichts gemacht worden ist, nicht mit so leichtfertiger Stillschweigen übergehen können.

Daß nun in Erwangelung eines Schiedsgerichts gerade die deutsche Regierung die Pflicht haben sollte, „dahin zu wirken, daß dem Kriege sobald als möglich ein Ende gemacht werde“, das kann der Redner nicht ernst gemeint haben: es läge darin ein allzu überschwängliches Anerkenntniß der Nothstellung, welche Deutschland unter der von ihm stets befehlenden, stets behindernden Regierung gewonnen hat.

Die moralische Nothstellung des Deutschen Reiches aber zu beklagen, um den Frieden Europa's auch nach dem Scheitern der internationalen Bemühungen womöglich vor weiterer Erschütterung zu wahren, daran hat es die Politik unseres Kaisers und des Reichskanzlers keinen Augenblick fehlen lassen. Die Bestrebungen der deutschen Politik, welche nach dem letzten Kriege ihren Ausdruck und ihre feste Grundlage zunächst in der Drei-Kaiser-Vereinigung gefunden haben, bewähren sich auch in der jetzigen schwierigsten Krisis als eine Bürgschaft friedlicher Verständigung und Vermittelung weit über jenes engere Bündniß hinaus.

Wenn ungeachtet des wirklichen Ausbruchs des russisch-türkischen Krieges die Aussichten auf Erhaltung des europäischen Friedens in den letzten Wochen eher gestiegen als verringert sind, so hat die deutsche Politik an diesem bisherigen Erfolge ihren rechtlichen Antheil. In diesem Bewußtsein und in dem darauf begründeten Vertrauen wird sich das deutsche Volk nicht beirren lassen.

Elberfeld, 30. Mai. In Wülshelm wurde an Gerlach's Stelle der Legationsrath Kehler zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

Literatur.

Mannheim, 25. Mai. Das soeben erschienene Heft 3 des ersten Bandes von Buchell's Zeitschrift für französische Civi Recht bringt zahlreiche Mittheilungen aus der Rechtsprechung der französischen, badischen, rheinpreussischen, rheinpfälzischen, rheinbairischen und rumänischen Gerichte, sowie des Reichs-Oberhandelsgerichts.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.



